

Fraktion DIE LINKE, im Kreistag Herford, Radewiger Straße 10, 32052 Herford

An den
Landrat des Kreises Herford
Herrn Jürgen Müller

Ingrid Wolff
Linksfraktion Kreistag
Herford
Radewiger Straße 10
32052 Herford
Telefon 05221 – 174 90 72
Telefax 05221 – 174 90 73
Ingrid.Wolff@t-online.de

Herford, den 11. November 2020

Anfrage: Abschiebungen unbegleiteter Minderjähriger aus dem Kreis Herford

Sehr geehrter Herr Landrat Müller,

vom AK Asyl e.V. Bielefeld, einer Beratungsstelle für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW gefördert wird, wurde DIE LINKE über die Abschiebepaxis des Kreises Herford in Bezug auf albanische Jugendliche informiert.

Unbegleitete Minderjährige sind in der Regel vor einer Abschiebung geschützt, auch Jugendliche aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland. Rückführungen sind nur in Ausnahmefällen erlaubt, wenn Familienmitglieder oder eine geeignete Aufnahmeeinrichtung im Herkunftsland überprüfbar zugesichert haben, dass sie den Minderjährigen in Empfang nehmen, unterbringen und für ihn sorgen können.

Die Ausländerbehörde des Kreises Herford soll seit einiger Zeit, anders als die umliegenden Ausländerämter, in Bezug auf albanische Jugendliche eine „sogenannte harte Linie“ fahren. Dem AK Asyl, der OWL-weit arbeitet, ist kein Fall von einer Abschiebung einer anderen Ausländerbehörde gegen den entschiedenen Willen eines Jugendlichen bekannt.

Es wurde mir von zwei Jugendlichen berichtet, die im Alter von 15 Jahren unbegleitet aus Albanien eingereist sind. Das Kreisjugendamt übernahm die Vormundschaft. Wie mir erklärt wurde, soll sogar die Vormünderin mit Hilfe einer Rechtsanwältin beim Verwaltungsgericht in Minden gegen den Bescheid mit der Abschiebeandrohung geklagt haben.

Der Druck durch das Abschiebeverfahren des Ausländeramtes soll dazu geführt haben, dass die beiden genannten Jugendlichen in ihrer anfangs positiven Entwicklung gestört wurden. Einer der Jugendlichen soll unter Druck des Verfahrens inzwischen „freiwillig“ ausgereist sein.

Der andere Jugendliche hat aufgrund des Abschiebungsdruckes eine negative Prognose, möchte aber partout nicht nach Albanien abgeschoben werden.

Der AK Asyl e.V. wird sich wohlmöglich auch medienwirksam gegen die Praxis der Ausländerbehörde des Kreises Herford einsetzen. Das wäre Wasser auf die Mühlen besonders einer Fraktion im Kreistag.

Die Arbeitsweise der Ausländerbehörde wirft bei uns verschiedene Fragen auf, um deren Aufklärung wir zunächst durch persönliche Kontaktaufnahme jenseits der Kreistagssitzung bitten (eine entsprechende Anfrage behalten wir uns allerdings vor):

1. Warum werden durch Ihre Behörde minderjährige unbegleitete Albaner überhaupt abgeschoben, während andere Behörden dies nicht tun?
2. Wie viele unbegleitete Jugendliche aus dem Kreis Herford wurden inzwischen in das Heimatland zurückgeführt?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage werden den Jugendlichen von Ihrer Behörde u.a. schulische Praktika versagt?
4. War Ihnen als Leiter der Verwaltung bekannt, dass die Vormünderin des Jugendamtes gegen die Ausländerbehörde klagte? Dies ist aus meiner Sicht kein gutes Bild der Kreisbehörde.

Insbesondere die Beantwortung der vierten Frage interessiert mich sehr.

— Zusammenfassend geht es mir darum, dass die Ausländerbehörde nicht gegen sämtliche Empfehlungen von freien Trägern und anderen Fachstellen im Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen und den Trend anderer Behörden arbeiten sollte, da dies nicht dem Kindeswohl entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

— (Ingrid Wolff)